

N° 1533.

ALLEMAGNE ET FINLANDE

Echange de notes comportant un accord relatif à l'abolition des visas des passeports pour les citoyens des deux Etats. Helsinki (Helsingfors), le 14 mai 1927.

GERMANY AND FINLAND

Exchange of Notes constituting an Agreement relating to the Abolition of Passport Visas for the Nationals of the two States. Helsinki (Helsingfors), May 14, 1927.

TEXTE ALLEMAND. — GERMAN TEXT.

N^o 1533. — NOTENWECHSEL¹ ZWISCHEN DER DEUTSCHEN UND DER FINNISCHEN REGIERUNG, BETREFFEND EIN ABKOMMEN ZUR BESEITIGUNG DES SICHTVERMERKSZWANGES FÜR DIE BEIDERSEITIGEN STAATSANGEHÖRIGEN. HELSINKI, DEN 14. MAI 1927.

Texte officiel allemand communiqué par le ministre des Affaires étrangères de Finlande. L'enregistrement de cet échange de notes a eu lieu le 20 septembre 1927.

German official text communicated by the Finnish Minister for Foreign Affairs. The registration of this Exchange of Notes took place September 20, 1927.

HELSINKI, den 14. Mai 1927.

HERR GESANDTER !

Hierdurch beehre ich mich Ihnen mitzuteilen, dass die Finnische Regierung den Vereinbarungen zustimmt, die auf Grund der in Helsinki zwischen Vertretern der beiderseitigen Regierungen geführten Verhandlungen über die Beseitigung des Sichtvermerkszwanges wie folgt getroffen worden sind :

Artikel I.

Die Angehörigen des einen Staates können das Gebiet des anderen Staates über die amtlich zugelassenen Grenzübergangsstellen jederzeit lediglich auf Grund eines gültigen Heimatpasses, aus dem sich die Staatsangehörigkeit des Inhabers einwandfrei ergibt, ohne Sichtvermerk des Gegenstaates betreten und verlassen. Die Vergünstigung bezieht sich nur auf die Inhaber von Nationalpässen, nicht von sogenannten Fremdenpässen (Reisepässe für Ausländer). Nationalpässe werden nur an Personen ausgestellt, deren Zugehörigkeit zum ausstellenden Staat einwandfrei feststeht.

Für Kinder unter fünfzehn Jahren genügt an Stelle eines Passes ein amtlicher Ausweis über Namen, Alter, Staatsangehörigkeit und Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt des Kindes. Der Kinderausweis muss bei Kindern über zehn Jahre mit einem von der ausstellenden Behörde abgestempelten Lichtbild versehen sein.

Für den gemeinschaftlichen Grenzübertritt von Personengruppen, die aus finnischen Staatsangehörigen oder aus deutschen Reichsangehörigen bestehen, gilt eine von der zuständigen Behörde des einen Staates ausgestellte und von der zuständigen Behörde des anderen Staates mit Sichtvermerk versehene Sammelliste als Passersatz. Der Sichtvermerk wird gebührenfrei erteilt. Sammellisten werden für Arbeitertransporte nicht ausgestellt.

Artikel II.

Die jeweils im Gebiete der beiden Staaten geltenden Bestimmungen über die Verhängung von Grenzsperrern, über die Zurückweisung nicht einwandfreier Reisender an der Grenze, über die

¹ Entré en vigueur le 1^{er} juin 1927.

¹ Came into force June 1, 1927.

Meldung, den Aufenthalt und die Ausweisung von Ausländern sowie über den Schutz des heimischen Arbeitsmarktes gegen Überlastung mit ausländischen Arbeitskräften werden durch dieses Abkommen nicht berührt.

Artikel III.

Jeder der beiden Staaten kann Angehörige des anderen Staates :

a) die gegen die Vorschriften über die Meldung und den Aufenthalt von Ausländern im Inland verstossen, oder

b) deren Tätigkeit als Arbeiter oder Angestellte die zum Schutze des heimischen Arbeitsmarktes erlassenen Bestimmungen verletzt, aus seinem Gebiet ausweisen.

Die Voraussetzung unter *b)* ist insbesondere als gegeben anzusehen, wenn Angehörige des einen Staates nach ihrer Einreise in das Gebiet des anderen Staates dort eine Stelle antreten wollen, ohne im Besitz einer von der zuständigen Vertretung des Aufenthaltsstaates im Ausland vor dem Grenzübertritt beschafften „Zusicherung der Bewilligung zum Stellenantritt“ zu sein, insofern eine solche Zusicherung verlangt wird.

Jeder der beiden Staaten wird Vorsorge dafür treffen, dass seine Angehörigen auf die Notwendigkeit der vorherigen Einholung der Zusicherung der Bewilligung zum Stellenantritt aufmerksam gemacht werden, wenn sie die Ausstellung eines Passes zur Reise in das andere Land zum Zwecke des Stellenantritts nachsuchen.

Artikel IV.

Das gegenwärtige Abkommen tritt am 1. Juni 1927 in Kraft und kann mit einmonatiger Frist gekündigt werden.

Genehmigen Sie, u. s. w.

Väinö VOIONMAA.

HELSINGFORS, den 14. Mai 1927.

HERR MINISTER !

Hierdurch beehre ich mich Ihnen mitzuteilen, dass die Deutsche Reichsregierung den Vereinbarungen zustimmt, die auf Grund der in Helsingfors zwischen Vertretern der beiderseitigen Regierungen geführten Verhandlungen über die Beseitigung des Sichtvermerkszwanges wie folgt getroffen worden sind :

Artikel I.

Die Angehörigen des einen Staates können das Gebiet des anderen Staates über die amtlich zugelassenen Grenzübergangsstellen jederzeit lediglich auf Grund eines gültigen Heimatpasses, aus dem sich die Staatsangehörigkeit des Inhabers einwandfrei ergibt, ohne Sichtvermerk des Gegenstaates betreten und verlassen. Die Vergünstigung bezieht sich nur auf die Inhaber von Nationalpässen, nicht von sogenannten Fremdenpässen (Reisepässe für Ausländer). Nationalpässe werden nur an Personen ausgestellt, deren Zugehörigkeit zum ausstellenden Staat einwandfrei feststeht.

Für Kinder unter fünfzehn Jahren genügt an Stelle eines Passes ein amtlicher Ausweis über Namen, Alter, Staatsangehörigkeit und Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt des Kindes. Der Kinderausweis muss bei Kindern über zehn Jahre mit einem von der ausstellenden Behörde abgestempelten Lichtbild versehen sein.

Für den gemeinschaftlichen Grenzübertritt von Personengruppen, die aus deutschen Reichsangehörigen oder aus finnischen Staatsangehörigen bestehen, gilt eine von der zuständigen Behörde

des einen Staates ausgestellte und von der zuständigen Behörde des anderen Staates mit Sichtvermerk versehene Sammeliste als Passersatz. Der Sichtvermerk wird gebührenfrei erteilt. Sammelisten werden für Arbeitertransporte nicht ausgestellt.

Artikel II.

Die jeweils im Gebiete der beiden Staaten geltenden Bestimmungen über die Verhängung von Grenzsperrern, über die Zurückweisung nicht einwandfreier Reisender an der Grenze, über die Meldung, den Aufenthalt und die Ausweisung von Ausländern sowie über den Schutz des heimischen Arbeitsmarktes gegen Überlastung mit ausländischen Arbeitskräften werden durch dieses Abkommen nicht berührt.

Artikel III.

Jeder der beiden Staaten kann Angehörige des anderen Staates :

- a) die gegen die Vorschriften über die Meldung und den Aufenthalt von Ausländern im Inland verstossen, oder
- b) deren Tätigkeit als Arbeiter oder Angestellte die zum Schutze des heimischen Arbeitsmarktes erlassenen Bestimmungen verletzt, aus seinem Gebiet ausweisen.

Die Voraussetzung unter b) ist insbesondere als gegeben anzusehen, wenn Angehörige des einen Staates nach ihrer Einreise in das Gebiet des anderen Staates dort eine Stelle antreten wollen, ohne im Besitz einer von der zuständigen Vertretung des Aufenthaltsstaates im Ausland vor dem Grenzübertritt beschafften „Zusicherung der Bewilligung zum Stellenantritt“ zu sein, insofern eine solche Zusicherung verlangt wird.

Jeder der beiden Staaten wird Vorsorge dafür treffen, dass seine Angehörigen auf die Notwendigkeit der vorherigen Einholung der Zusicherung der Bewilligung zum Stellenantritt aufmerksam gemacht werden, wenn sie die Ausstellung eines Passes zur Reise in das andere Land zum Zwecke des Stellenantritts nachsuchen.

Artikel IV.

Das gegenwärtige Abkommen tritt am 1. Juni 1927 in Kraft und kann mit einmonatiger Frist gekündigt werden.

Genehmigen Sie, u. s. w.

HAUSCHILD.

¹ TRADUCTION.

N^o 1533. — ÉCHANGE DE NOTES ENTRE LES GOUVERNEMENTS ALLEMAND ET FINLANDAIS, COMPORTANT UN ACCORD RELATIF A L'ABOLITION DES VISAS DES PASSEPORTS POUR LES CITOYENS DES DEUX ÉTATS. HELSINKI, LE 14 MAI 1927.

HELSINKI, le 14 mai 1927.

MONSIEUR LE MINISTRE,

J'ai l'honneur de porter à votre connaissance que le Gouvernement finlandais adhère aux accords ci-après, conclus à la suite des négociations qui ont eu lieu à Helsinki entre les représentants des deux gouvernements, au sujet de la suppression du visa obligatoire des passeports.

Article premier.

Les ressortissants de chacun des deux Etats contractants peuvent, en tout temps, franchir sans visa la frontière de l'autre Etat aux points de passage officiellement autorisés, sur la simple production d'un passeport national valable, établissant incontestablement la nationalité du titulaire. Ce traitement de faveur ne vise que les détenteurs de passeports nationaux, mais non pas ceux de passeports d'étrangers (passeports pour étrangers). Les passeports nationaux ne sont délivrés qu'à des personnes ayant établi de façon incontestable leur qualité de ressortissants de l'Etat qui délivre le document.

En ce qui concerne les enfants âgés de moins de quinze ans, le passeport pourra être remplacé par une pièce officielle indiquant le nom, l'âge, la nationalité, ainsi que le domicile ou la résidence

¹ Traduit par le Secrétariat de la Société des Nations.

¹ TRANSLATION.

No. 1533. — EXCHANGE OF NOTES BETWEEN THE GERMAN AND FINNISH GOVERNMENTS, CONSTITUTING AN AGREEMENT RELATING TO THE ABOLITION OF PASSPORT VISAS FOR THE NATIONALS OF THE TWO STATES. HELSINKI, MAY 14, 1927.

HELSINGFORS, May 14, 1927.

MONSIEUR LE MINISTRE,

I have the honour to inform you that the Finnish Government adheres to the following arrangements concluded as a result of the negotiations which took place at Helsingfors between representatives of the two Governments concerning the abolition of the compulsory visa for passports :

Article 1.

Nationals of either State may at any time cross the frontier of the other State at the officially recognised points without a visa and on production only of a valid national passport clearly establishing the holder's nationality. This privilege applies to holders of national passports only and not to holders of so-called foreigners' passes (passports for foreigners). National passports shall only be issued to persons who can establish beyond doubt that they are nationals of the State issuing the document.

In the case of children under fifteen a passport may be replaced by an official document stating the name, age, nationality and domicile or permanent residence of the child. As

¹ Translated by the Secretariat of the League of Nations.

permanente de l'enfant. Cette pièce doit, pour les enfants âgés de plus de dix ans, être munie d'une photographie estampillée par l'autorité qui délivre le document.

En ce qui concerne le passage de la frontière par des groupes de personnes voyageant ensemble et composés de ressortissants finlandais ou de ressortissants du Reich allemand, le passeport pourra être remplacé par une liste collective dressée par l'un des deux Etats et visée par l'autorité compétente de l'autre Etat. Le visa sera délivré gratuitement. Il ne sera pas établi de liste collective pour les transports d'ouvriers.

Article II.

Les dispositions en vigueur sur le territoire des deux Etats, concernant la fermeture de la frontière, le refoulement de voyageurs indésirables, la déclaration à la police, le séjour et l'expulsion des étrangers, ainsi que la protection du marché national du travail contre l'invasion de la main-d'œuvre étrangère, ne sont pas affectées par le présent accord.

Article III.

Chacun des deux Etats peut expulser les ressortissants de l'autre Etat :

a) Qui enfreignent les règlements concernant la déclaration à la police et le séjour des étrangers dans le pays ; ou

d) Dont l'activité en qualité d'ouvriers ou d'employés viole les dispositions prises en vue de la protection du marché national du travail.

La condition prévue sous b) doit être notamment considérée comme remplie lorsque des ressortissants de l'un des deux Etats, après avoir pénétré sur le territoire de l'autre, veulent y occuper un emploi sans avoir, préalablement à leur entrée dans le pays, obtenu du représentant qualifié de ce pays dans l'autre Etat, l'assurance que l'autorisation d'occuper ledit emploi leur sera accordée, lorsque cette condition est requise.

Chacun des deux Etats prendra les mesures nécessaires pour que ses nationaux, au moment où ils demandent un passeport pour se rendre dans l'autre pays en vue d'occuper un emploi, soient avisés de la nécessité d'obtenir préalablement l'assurance qu'ils seront autorisés à occuper cet emploi.

regards children over ten, this document must be furnished with a photograph stamped by the issuing authority.

With regard to the crossing of the frontier by groups of persons travelling together, and consisting of either Finnish nationals or German nationals, a collective list made out by the competent authority of the one State and *visé* by the competent authority of the other State may take the place of a passport. The visa shall be issued free of charge. Collective lists shall not be made out for groups of workmen.

Article II.

The provisions in force in the territory of the two States relating to the closing of the frontier, the turning back of undesirable travellers, police registration, the residence and expulsion of foreigners and the protection of the home market against invasion by foreign labour, shall not be affected by the present Agreement.

*Article III.

Each of the two States may expel from its territory nationals of the other State :

(a) Who infringe the regulations concerning police registration and the residence of foreigners in the country, or

(b) Whose activities as workmen or employees are contrary to the regulations for the protection of the home labour market.

In particular, paragraph (b) shall be regarded as applying when nationals of one of the two States, after entering the territory of the other, desire to take up employment therein without having obtained, previous to their entry into the country, from the qualified representative of that country in the other State, consent to take up such employment, in so far as this consent is required.

Each of the two States shall take steps to inform its nationals, when they apply for a passport to proceed to the other country for the purpose of taking up employment, that they must first obtain consent to exercise such employment.

Article IV.

Le présent accord entrera en vigueur le 1^{er} juin 1927 et pourra être dénoncé moyennant préavis d'un mois.

Veillez agréer, etc.

(*Signé*) Väinö VOIONMAA.

HELSINGFORS, le 14 mai 1927.

MONSIEUR LE MINISTRE,

J'ai l'honneur de porter à votre connaissance que le Gouvernement du Reich allemand adhère aux accords ci-après, conclus à la suite des négociations qui ont eu lieu à Helsingfors entre les représentants des deux gouvernements, au sujet de la suppression du visa obligatoire des passeports :

Article premier.

Les ressortissants de chacun des deux Etats peuvent, en tout temps, franchir sans visa la frontière de l'autre Etat aux points de passage officiellement autorisés, sur la simple production d'un passeport national valable, établissant incontestablement la nationalité du titulaire. Ce traitement de faveur ne vise que les détenteurs de passeports nationaux, mais non pas ceux de passeports d'étrangers (passeports pour étrangers). Les passeports nationaux ne sont délivrés qu'à des personnes ayant établi de façon incontestable leur qualité de ressortissants de l'Etat qui délivre le document.

En ce qui concerne les enfants âgés de moins de quinze ans, le passeport pourra être remplacé par une pièce officielle indiquant le nom, l'âge, la nationalité, ainsi que le domicile ou la résidence permanente de l'enfant. Cette pièce doit, pour les enfants âgés de plus de dix ans, être munie d'une photographie estampillée par l'autorité qui a délivré le document.

En ce qui concerne le passage de la frontière par des groupes de personnes voyageant ensemble et composés de ressortissants du Reich allemand ou de ressortissants finlandais, le passeport pourra être remplacé par une liste collective dressée par l'un des deux Etats et visée par l'autorité compétente de l'autre Etat. Le visa sera délivré gratuitement. Il ne sera pas établi de listes collectives pour les transports d'ouvriers.

No. 1533

Article IV.

The present Agreement shall enter into force on June 1, 1927, and may be denounced by giving one month's notice.

I have the honour to be, etc.

(*Signed*) Väinö VOIONMAA.

HELSINGFORS, May 14, 1927.

MONSIEUR LE MINISTRE,

I have the honour to inform you that the German Government adheres to the following arrangements concluded as a result of the negotiations which took place at Helsingfors between representatives of the two Governments concerning the abolition of the compulsory visa for passports :

Article I.

Nationals of either State may at any time cross the frontier of the other State at the officially recognised points without a visa and on production only of a valid national passport clearly establishing the holder's nationality. This privilege applies to holders of national passports only and not to holders of so-called foreigners' passes (passports for foreigners). National passports shall only be issued to persons who can establish beyond doubt that they are nationals of the State issuing the document.

In the case of children under fifteen a passport may be replaced by an official document stating the name, age, nationality and domicile or permanent residence of the child. As regards children over ten, this document must be furnished with a photograph stamped by the issuing authority.

With regard to the crossing of the frontier by groups of persons travelling together, and consisting of either Finnish nationals or German nationals, a collective list made out by the competent authority of the one State and *visé* by the competent authority of the other State may take the place of a passport. The visa shall be issued free of charge. Collective lists shall not be made out for groups of workmen.

Article II.

Les dispositions en vigueur sur le territoire des deux Etats concernant la fermeture de la frontière, le refoulement de voyageurs indésirables, la déclaration à la police, le séjour et l'expulsion des étrangers, ainsi que la protection du marché national du travail contre l'invasion de la main d'œuvre étrangère, ne sont pas affectées par le présent accord.

Article III.

Chacun des deux Etats peut expulser les ressortissants de l'autre Etat :

- a) Qui enfreignent les règlements concernant la déclaration à la police et le séjour des étrangers dans le pays ; ou
- b) Dont l'activité, en qualité d'ouvriers ou d'employés, viole les dispositions prises en vue de la protection du marché national du travail.

La condition prévue sous *b)* doit être notamment considérée comme remplie, lorsque des ressortissants de l'un des deux Etats, après avoir pénétré sur le territoire de l'autre, veulent y occuper un emploi sans avoir, préalablement à leur entrée dans le pays, obtenu du représentant qualifié de ce pays dans l'autre Etat, l'assurance que l'autorisation d'occuper ledit emploi leur sera accordée, lorsque cette condition est requise.

Chacun des deux Etats prendra les mesures nécessaires pour que ses nationaux, au moment où ils demandent qu'il leur soit délivré un passeport pour se rendre dans l'autre pays en vue d'occuper un emploi, soient avisés de la nécessité d'obtenir préalablement l'assurance qu'ils seront autorisés à occuper cet emploi.

Article IV.

Le présent accord entrera en vigueur le 1^{er} juin 1927 et pourra être dénoncé moyennant préavis d'un mois.

Veillez agréer, etc.

(Signé) HAUSCHILD.

Article II.

The provisions in force in the territory of the two States relating to the closing of the frontier, the turning back of undesirable travellers, police registration, the residence and expulsion of foreigners and the protection of the home market against invasion by foreign labour, shall not be affected by the present Agreement.

Article III.

Each of the two States may expel from its territory nationals of the other State :

- (a) Who infringe the regulations concerning police registration and the residence of foreigners in the country, or
- (b) Whose activities as workmen or employees are contrary to the regulations for the protection of the home labour market.

In particular, paragraph *(b)* shall be regarded as applying when nationals of one of the two States, after entering the territory of the other, desire to take up employment therein without having obtained, previous to their entry into the country, from the qualified representative of that country in the other State, consent to take up such employment in so far as this consent is required.

Each of the two States shall take steps to inform its nationals, when they apply for a passport to proceed to the other country for the purpose of taking up employment, that they must first obtain consent to exercise such employment.

Article IV.

The present Agreement shall enter into force on June 1, 1927, and may be denounced by giving one month's notice.

I have the honour to be, etc.

(Signed) HAUSCHILD.